

JANOS JEMNITZ

Ungarn 1994-1997

Janos Jemnitz - Jg. 1930, Dr. der historischen Wissenschaften, Mitarbeiter am Institut für Geschichte der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, spezialisiert auf die Geschichte der Arbeiterbewegung. Zahlreiche Buchpublikationen, die auch ins Englische und Deutsche übersetzt wurden, z.B.: *The Danger of War and the Second International 1911-1914*, Budapest 1972, und: *Karl Kautsky und die Sozialdemokratie Süd-osteuropas* (mit Georges Haupt und Leo van Rossum), Frankfurt/M. 1986. In ungarischer Sprache u.a. Arbeiten zu Jean Jaurès, Léon Blum und Mihály Károlyi.

Die Zeit von 1989 bis 1994 war in Ungarn die Periode des »Systemwechsels«. Diese Periode begann damit, daß im »ersten freien Parlament« eine Koalition von rechten Parteien an die Macht gelangte, die die Privatisierung der nationalisierten Bereiche der Volkswirtschaft in Gang setzte und in der Landwirtschaft die Genossenschaften zerschlug. Damit einher ging ein »boom« finanzpolitischer Maßnahmen, in deren Resultat die Wirtschaftsstruktur »modernisiert« dastand: »modernisiert« auf Kosten der Lohnempfänger. Im Laufe dieser »Modernisierung« bildete sich eine neue Wohlstandsschicht heraus – bestehend aus Angehörigen der alten politischen Nomenklatura, Mitgliedern der neuen »demokratischen« Politikerschaft, weiter aus Wirtschaftsmanagern, Angehörigen der Banken- und Finanzweltplutokratie und Interessenvertretern der multinationalen Konzerne und schließlich – natürlich! – aus den Akteuren der vielschichtigen mafia-ähnlichen Organisationen. Schon sehr bald nach dem Beginn dieser Periode zogen am Himmel die dunklen Wolken der Armut auf, und vom schrittweisen Abbau des Lebensstandards waren zunehmend auch die Intellektuellen und die Beschäftigten im öffentlichen Sektor betroffen. Die Arbeiter – das heißt: jene, die ihre Arbeit behalten hatten – spürten stärker und stärker, was es bedeutet, wenn der Schutz, den Kollektivvereinbarungen geboten hatten, plötzlich verschwindet, wenn die Gewerkschaften an Einfluß verlieren und solche Dinge wie vom Betrieb getragene Kindergärten ihrer »Unprofitabilität« wegen beseitigt werden.

Die Fülle der solcherart gemachten Erfahrungen führte zu einer politischen Stimmung im Land, die – obwohl die Organisationen der Interessenvertretung der Arbeiter noch kaum zum Kampf bereit waren – bei den Wahlen 1994 in einen Sieg der Ungarischen Sozialistischen Partei mündete. An diesen Sieg knüpften sich nun etliche Erwartungen – war es doch zur Überraschung fast aller mit 54 Prozent der gültigen Stimmen ein echter »Erdrutsch«-Sieg. Mit solch einer satten Mehrheit hätte die SP ohne weiteres eine ganz auf die eigenen Kräfte gestützte Regierung bilden können. Die rechten Parteien hatten eine tiefe Niederlage erlitten und waren plötzlich weit von der Macht entfernt. Die ganze Situation konnte durchaus mit jener verglichen werden, die 1981 in Frankreich herrschte: Der Wahlsieg der Sozialisten damals hatte die Hoffnung genährt, daß eine »Neue Linke« über beachtliche Stärke verfügen könnte. Und dann gab es 1994 Siege der Sozialisten auch anderswo in Osteuropa – zum Beispiel in Litauen –, und diese Siege hat-

ten mit dem ungarischen Erfolg bemerkenswerte Gemeinsamkeiten: Hier wie da war es die tiefe Unzufriedenheit der Wählerschaft mit dem wilden Nationalismus und den Schocktherapien der Rechtsregierungen für die Wirtschaft, die zu einem Umschwenken geführt hatten.

Vom Parteienstandpunkt aus brachten die 94er Wahlen in Ungarn zwei in bezug auf die Organisiertheit der Arbeiterschaft bedeutsame Resultate: Erstens errang die Arbeiterpartei, die der Linken der SP nahesteht, nur 4 Prozent aller Stimmen und scheiterte damit – wie bereits bei den Wahlen 1990 – erneut an der 5-Prozent-Klausel; und zweitens schnitt die Sozialdemokratische Partei, die im vorhergehenden Parlament noch vertreten war, noch viel schlechter ab, gewann nicht einmal 1 Prozent der Stimmen und verlor damit praktisch ihre Existenzgrundlage. Das bedeutete, daß die SP allein alle Hoffnungen für eine wirksame parlamentarische Interessenvertretung der Linken und der Lohnempfänger auf sich konzentrierte.

Dies schien so schlecht nicht zu sein: Hatte doch der größte ungarische Gewerkschaftsverband MSzOSz (Nationale Föderation Ungarischer Gewerkschaften), der 80 Prozent der Fabrikarbeiterschaft vertritt, vollständig die SP unterstützt. Viele der Verbandsfunktionäre – zum Beispiel die Führer der Stahlarbeiter-, der Bergarbeiter- und der Druckergewerkschaft – hatten auf den Kandidatenlisten der SP zu den Wahlen gestanden.

Dem politischen Einmaleins folgend hätte man also davon ausgehen müssen, daß die 94er Wahlen der SP eine große Chance eröffneten – aber: die SP entschloß sich, nicht aus eigener Kraft heraus zu regieren. Versprochen hatte die SP eine Regierung von Fachleuten, nun jedoch nahm sie Koalitionsverhandlungen mit dem liberalen Bündnis Freier Demokraten auf, das mit 16 Prozent der Stimmen den zweiten Rang hinter der SP eingenommen hatte. (Das erinnert ein wenig an die »lab-lib«-Regierung von Ramsay MacDonald in Großbritannien 1924!) SP-Chef Gyula Horn wurde neuer Ministerpräsident, und die meisten der Ministerposten gingen an Sozialisten. Nur drei Ministersessel sind von Freien Demokraten besetzt: im Innen-, im Bildungs- und im Transportministerium. Aber diese scheinbar nur begrenzte Präsenz in der Regierung widerspiegelt nicht den tatsächlichen Einfluß der Freien Demokraten. So haben die Sozialisten überall dort nachgegeben, wo die Freien Demokraten ihr Veto eingelegt haben. Und das geschah in ganz wesentlichen Fragen: bei den verschiedenen Vorschlägen für ein progressives Besteuerungssystem zum Beispiel oder immer dann, wenn die Sozialisten Hilfen für die Landwirtschaftsgenossenschaften durchsetzen wollen. Und so muß man schon klar feststellen: Die Freien Demokraten sind die Vorreiter einer raschen Kapitalismusentwicklung und der Herausbildung einer wohlhabenden Mittelklasse (oder zumindest einer Schicht wohlhabender Einzelner). Ihre Anstrengungen enthalten nicht die Spur eines neuen Denkens – die Idee ist ganz einfach die, daß die Klasse der neu Besitzenden wirtschaftliche Profitabilität schaffen werde; und später dann, in einer zweiten Phase, werde dieser Prozeß auch die Grundlagen für allgemeinen Wohlstand schaffen.

Da ist es schon erstaunlich, daß der rechte Flügel der SP – und

insbesondere der einflußreiche rechte Flügel in der SP-Parlamentsfraktion – so ganz und gar diese Positionen der Freien Demokraten unterstützt. So haben sich die Sozialisten fest mit der vollständigen und raschen Privatisierung angefreundet – und diese Privatisierung steht nun bereits dem Energiesektor bevor, und bald wird sie auch das Transportwesen erreichen, dann den Wald und, wenn ihr niemand Einhalt gebietet, auch die Wasserversorgung, die Bildung und das Gesundheitswesen. Die Veränderungen, die bereits stattgefunden haben, haben zum Verschwinden all jener Dienstleistungen geführt, die vor 1989 frei und allgemein für alle zugänglich waren. Ähnliches an Leistungen muß nun auf dem Markt gekauft werden. Aber die einflußreichen Führer der SP selbst sprechen mit Stolz davon, daß »der Kapitalismus errichtet wird«. Dabei ist das, was sich in Ungarn vollzieht, doch nichts anderes als die »private Akkumulation von Kapital« mit all ihren ungesunden Erscheinungen und über die Maßen korrupten und unmoralischen Praktiken – freilich unter der Führung von »Sozialisten«.

Natürlich: Ungarn ist ein kleines Land – und dazu eines, das tief in Schulden steckt. Es ist eines jener Länder, die einen sehr bedeutenden Teil ihres Bruttosozialprodukts für die Zinsen seiner Schulden aufbringen muß. Erst 1996 begann Ungarn mit der Tilgung der Schulden selbst. Und diese Zahlungsverpflichtungen haben ganz zweifellos die Transformation mit ihrer Arbeitslosigkeit und ihrem Sinken des Lebensstandards zusätzlich negativ belastet. Zwischen 1994 und 1996 betrug die Inflation schon nicht weniger als 20 Prozent, und als die Schuldentilgung begann, stieg sie sogar auf 28 bis 30 Prozent. Die Löhne und Gehälter stiegen »natürlich« nicht in gleicher Weise – und das hat in der Tat dramatische Folgen.

Zu den Eigenarten der Situation gehört, daß die Freien Demokraten stets kategorisch alle Vorschläge zu einer Stundung der Schulden abgelehnt haben, und einflußreiche Sozialisten sind ihnen in dieser Linie gefolgt. Seit zwei Jahren drängen nun die Parteien der Neuen Rechten auf eine Stundung der Auslandsschulden. Sie wollen, sagen die »Le-Pen-Typ«-Parteien, das Land damit vor einem Ausverkauf an die Multis bewahren. Und schrecken dabei vor alter faschistischer Demagogie nicht zurück. So verunglimpfen sie die sozialistisch-liberale Koalition als eine Art »liberal-plutokratisch-bolschewistisches Regime« – dabei ist es offensichtlich, daß die SP selbst nicht nur scharf »anti-bolschewistisch« ist, sondern mit Blick auf ihre Sozialpolitik auch kaum die Bezeichnung »sozialistisch« verdient. Aber was zählen Realitäten bei rechten Parteien, die sich keine Chance für »anti-rote« Kampagnen entgehen lassen wollen!

Probleme gibt es aber auch auf anderen Gebieten in Fülle. Niemand – abgesehen vielleicht von einem kleinen »magischen Zirkel« von Politikern – vermag wirklich zu sagen, wieviel Handlungsspielraum dem Internationalen Währungsfonds (IWF) in Ungarn eingeräumt worden ist. Berater des IWF befinden sich ständig in Ungarn, aber das Ausmaß, in dem sie konkrete Wirtschaftsentscheidungen zu beeinflussen vermögen, ist unbekannt. Unübersehbar wächst angesichts dessen das Mißtrauen dahingehend, welche Bedingungen IWF und Weltbank an ihre Kreditgewährung knüpfen. Wie – zum

Beispiel – wird der Handlungsspielraum der ungarischen Regierung in der Kredittilgungspolitik eingeengt? Welchen Einfluß haben diese Bedingungen auf die Inflation, auf den Umfang und die Geschwindigkeit der Privatisierung, auf die Ausgaben des Staates für soziale Leistungen? Und dann ist da das oberste Priorität genießende Ziel der Regierung, Ungarn zum EU- und zum NATO-Mitglied zu machen – das aber kann nur erreicht werden mit der Zustimmung von Behörden in den USA, in Deutschland und in Brüssel.

Eng miteinander verwoben also sind Politik und Ökonomie – und der Einfluß des Westens ist allgegenwärtig. Ein bedeutender Teil der Medien wird bereits durch westliches Kapital kontrolliert. Viele der seriösen Zeitungen als auch die elektronischen Medien haben bereits vielfach gezeigt, daß sie Intellektuelle, die Kritik am Bestehenden üben, zu marginalisieren vermögen. So kommt es, daß die Kritik im Winde verweht – und selbst die Ungarische Akademie der Wissenschaften ist bereits zu einer Einbahnstraße im intellektuellen und ideologischen Verkehr geworden.

Diese Politik der gegenwärtigen sozialistisch-liberalen Regierung ist nicht ohne Folgen für ihren eigenen Bestand geblieben. Seit 1994 haben ihr bereits mehr als 10 Minister den Rücken gekehrt. Die meisten der Zurückgetretenen waren Sozialisten, die nur noch auf diese Weise ihrer Unzufriedenheit mit dem monetaristischen, anti-sozialen ökonomischen Kurs der Koalition Ausdruck geben konnten.

Weitaus schlimmer aber sind die weiterreichenden politischen Konsequenzen. 40 Prozent der Wählerschaft sind jüngsten Meinungsumfragen zufolge überhaupt nicht mehr bereit, zur Wahl zu gehen: Sie halten keine der Parteien mehr für fähig, ihre Interessen zu vertreten. Das hat ganz zweifellos damit zu tun, daß die SP so wenige der erstmals von 54 Prozent der Wähler in sie gesetzten Hoffnungen erfüllt hat. Nur noch 16 Prozent der Wählerstimmen würde die SP diesen Meinungsumfragen zufolge gegenwärtig erhalten – und damit auf den dritten Platz hinter zwei ausgesprochen rechts-konservative Parteien zurückfallen. Die Freien Demokraten würden jetzt nur viertstärkste Partei sein und mit 6 Prozent der Stimmen gerade noch ins Parlament einziehen.

Der Gewerkschaftsbund MSzOSz, der 1994 eine der entscheidenden Stützen für den Wahlerfolg der SP darstellte, hat sich vor diesem Hintergrund umfassend reformiert. Die Differenzen mit der SP-Regierung traten zuweilen sehr offen zutage – aber zum Bruch kam es nicht, weil eine linke Alternative zur SP nicht in Sicht ist.

Außerdem sind die Gewerkschaften selbst schwächer geworden. Das hat zum einen natürlich mit dem Zusammenbruch, dem Zerschlagen oder der Schließung der großen staatlichen Betriebe zu tun – deren Belegschaft stellte einen großen Teil der MSzOSz-Mitglieder. Nur noch 25 Prozent der ursprünglichen Mitgliedschaft sind übrig geblieben. Junge Leute halten Distanz zu den Gewerkschaften. In den neuen Betrieben sind die Rechte der Gewerkschaften drastisch beschnitten worden – der Schutz der Beschäftigten durch kollektive Tarifverträge ist heute signifikant geringer als noch vor drei oder vier Jahren. Selbst zum Verbot von Gewerk-

schaften ist es in neuen Unternehmen schon gekommen. Der Staat mischt sich in solche Konflikte nicht ein – »in der Marktwirtschaft«, sagt die Regierung, sei solcherart Engagement »nicht ihre Aufgabe«. Zuweilen ist die Regierung noch als Vermittler bei größeren Streiks in Erscheinung getreten – dann aber mit dem Ziel, schnell wieder Verhältnisse zu schaffen, die dem westlichen Kapital keine Hindernisse in den Weg legen.

Die Folgen der unsozialen Regierungspolitik bleiben nicht auf die Arbeiter beschränkt. Die Lehrer und Hochschullehrer sowie die Angestellten im öffentlichen Gesundheitswesen haben in den vergangenen drei Jahren erhebliche Einkommenseinbußen hinnehmen müssen, und ihre Gewerkschaften führen einen Abwehrkampf, in dem es immer nur darum geht, noch weitere Verschlechterungen zu verhindern. Studenten an den Universitäten und Hochschulen müssen neuerdings Studiengeld bezahlen – aber dieses Geld ist nicht verwendet worden, um Zahlungsunfähigen zu helfen und damit Chancengleichheit herzustellen. So haben die Kinder der Wohlhabenden einen noch größeren Chancenvorsprung erhalten.

Im Frühjahr 1997 lebte in Ungarn mehr als ein Viertel der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze. Selbst wenn man die Ungenauigkeiten, die bei solchen Untersuchungen zwangsläufig auftreten, angemessen in Betracht zieht, müssen den Betrachter Angaben wie die, daß fast 40 Prozent der ungarischen Kinder in Armut leben und an nicht ausreichender Ernährung leiden, aufschrecken. Und ein lange unbekanntes Bild ist in Ungarn wieder zum Alltag geworden – die Existenz von Obdachlosigkeit.

Die Arbeitslosigkeit in Ungarn hat sich auf einem Niveau von 500 000 »stabilisiert« – bei einer Gesamtbevölkerung von etwas über 10 Millionen. Die Reallöhne sind seit 1989 um 20 Prozent gesunken. Muß man bei all dem noch hervorheben, daß die Schwächsten der Gesellschaft – die Menschen mit Behinderung – unter den Bedingungen der »Marktanpassung« des Gesundheitswesens besonders leiden? Daß die drastischen Kostenanstiege bei Medikamenten und medizinischen Leistungen den Menschen nicht mehr Raum zur Überlegung geben, was sie an Hilfe wirklich brauchen, sondern nur noch dazu, was sie sich an medizinischer Versorgung eigentlich leisten können?

Die Unterschiede zwischen niedrigen und hohen Einkommen sind ins fast Unglaubliche gewachsen. Im März 1997 betrug der monatliche Minimallohn etwa 15.000 Forint, während bei den Banken Gehälter von 300.000 bis 500.000 Forint monatlich gezahlt werden und auf der Führungsebene dieser Institutionen gar 1 bis 2 Millionen Forint üblich sind. Die politische Elite erhält zwischen 60.000 und 250.000 Forint. All diese Unterschiede werden in den Medien als »unvermeidlich« und notwendig beschrieben und damit als Problem völlig heruntergespielt.

Nun nahen die Parlamentswahlen 1998. Im März 1997 hat der Vorsitzende des Ungarischen Gewerkschaftsbundes (MSzOSz), Sandor Laszlo, in einem Interview die Schwächung der Gewerkschaften und ihren – beabsichtigten – Verlust an Rechten auf die Entwicklungen in der Zeit von 1990 bis 1993 zurückgeführt. Das war eine Zeit der Rechtsregierung. Aber warum sind die Rechte der

Gewerkschaften von 1994 bis 1996 nicht wieder gestärkt worden?

Natürlich schlagen sich all diese Entwicklungen in der Stimmung der Bevölkerung nieder. Ende 1996/Anfang 1997 ergaben Meinungsumfragen, daß sich gerade mal 9 Prozent der Wahlberechtigten an Wahlen beteiligen würden. Auch die Popularität der Oppositionsparteien ist drastisch gesunken. Die Popularität von Parlament und Regierung lag bei etwa 30 Prozent, aber die der Gewerkschaften ist nicht gestiegen. Die Perspektive der Demokratie ist keine ermutigende.

Eine der bedauerlichsten Entwicklungen ist der Mangel an Initiative seitens der Linken. Die Linke zieht sich resignierend auf den alten Standpunkt zurück, daß nichts getan werden könne. Und diese Stimmung wird von den Medien weiter verstärkt mit dem immer wiederkehrenden Argument, daß es zur Effektivität des neuen Gesellschaftsmodells keine Alternative gebe. »Modernisierung« und »Gleichziehen mit Europa« – das sind scheinbar die einzigen und geradezu obligatorischen Ziele für Ungarn.

Fast im letzten Moment wehrte sich im Frühjahr 1997 ein »linker Flügel« in der Sozialistischen Partei gegen die Herrschenden in der Partei: Er forderte den Rücktritt Gyula Horns und weitere Veränderungen in der Führung. Aber das alles führte zu nichts. Der »Flügel« hat keine tatsächliche Basis, und die Gewerkschaften hielten sich von seinen Anstrengungen fern. Die Gewerkschaft der Metallarbeiter ihrerseits versuchte im April 1997, eine Initiative der deutschen Stahlwerker aufzugreifen und eine 36- oder 38-Stunden-Woche zu fordern, um auf diese Weise Arbeitsplätze zu retten. Aber auch diese Bewegung hat keine Massenbasis gefunden. Die Regierung sah sich nicht einmal zu einer Reaktion veranlaßt. Diese beiden isoliert voneinander ablaufenden Initiativen zeigen, wie schwach die Linke wirklich ist. Und die nahe Zukunft verheißt kaum eine Stärkung.

Auf der Parteikonferenz der Sozialisten im Juli 1997 errangen Gyula Horn und das von ihm repräsentierte Zentrum erneut einen »totalen Sieg«. Es wird keine Veränderungen in der Parteilinie geben, die Privatisierung wird unbeirrt vorangetrieben, und der Weg in die NATO wird beschleunigt fortgesetzt. Am 17. Juni unterzeichnete Gyula Horn im Vatikan ein Konkordat, mit dem die ungarische Regierung erklärt, kirchlichen Schulen die gleiche finanzielle Hilfe angedeihen zu lassen wie staatlichen. Auch die Priester, die in den Schulen Religionsunterricht geben, werden vom Staat bezahlt. Auch hier blieb der Protest der Linken schwach.

So sind die Ungarn immer wieder mit »merkwürdigen« Entwicklungen konfrontiert – und jeder von ihnen hat dafür bitter zu zahlen. Bis 2020 – so hat die Regierung angekündigt – wird sie der Kirche Entschädigungen für die einstmals nationalisierten Immobilien zahlen. Also werden auch unsere Kinder und Enkel noch daran tragen.

In Vorbereitung der Wahlen im Frühjahr 1998 hat die Regierung nun angekündigt, die Renten erhöhen zu wollen. Aber wird das mehr sein als nur ein Wahlversprechen? Die Zeichen stehen nicht günstig.